

/// Ist das ein Abgesang auf eine Weltmacht?

AMERIKANISCHE AUSSENPOLITIK UNTER OBAMA

CHARLES WESTON /// Vor dem Hintergrund der zeitgleich ablaufenden Prozesse der Machtverschiebung und Machtstreuung in den internationalen Beziehungen gerät einer der Hauptakteure in den Fokus. Ist Amerika weltpolitisch auf dem Rückzug oder geht es eher um die Erneuerung der internationalen Führungsrolle unter veränderten Rahmenbedingungen? Dieser Frage geht der Autor in seinem Beitrag zur außen- und sicherheitspolitischen Bilanz Präsident Barack Obamas nach.

Fragt man nach den Rahmenbedingungen für die strategische Ausrichtung amerikanischer Außenpolitik, rücken zwei zeitgleiche Strukturveränderungen in den Fokus, die die internationale Ordnung bestimmen: erstens Machtverschiebungen zwischen Staaten und Regionen (von West nach Ost und Süd) aufgrund unterschiedlicher wirtschaftlicher Wachstumsraten und verfügbarer Machtressourcen und zweitens die mit dem Zerfall staatlicher Ordnungsstrukturen sowie mit der weltweiten Digitalisierung zusammenhängende Streuung von Macht. Diese sogenannte Machtdiffusion zeigt die wachsende Zahl von Akteuren aller Kategorien, z. B. regionale Organisationen, transnationale Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Vereinigungen, aber auch soziale Netzwerke, Online- und Enthüllungsplattformen oder grenzüberschreitende Terrornetzwerke.¹

Machtverschiebungen und Machtdiffusion beeinträchtigen die Fähigkeit der Akteure, mit den zeitgleichen Trends der Globalisierung und Fragmentierung, also einer Welt wechselseitiger Verflechtungen und Verwundbarkeiten vor dem Hintergrund des Zerfalls staatlicher Ordnungsstrukturen, umzugehen

Machtverschiebungen und Machtdiffusion **VERÄNDERN** die amerikanische Außenpolitik.

und diese zu steuern. Ob es um transnationale Bedrohungen wie z. B. von Finanz- und Staatsschuldenkrisen ausgelöste Erschütterungen der Weltwirtschaft, Flüchtlingsströme als Folge von organisierter Gewalt und Armut in scheiternden oder gescheiterten Staaten, die Weiterverbreitung von Massenver-



Quelle: 2015 Scott Peterson/Getty Images

Realpolitik in der Außenpolitik: Das Nuklearabkommen mit dem Iran im Juli 2015 – von der Bevölkerung enthusiastisch gefeiert.

nichtungswaffen, terroristische Netzwerke, Cyber-Kriminalität, die Erderwärmung, Bevölkerungswachstum oder Pandemien geht, stets ist entschlossene politische Führung gefordert, nach Möglichkeit legitimiert von einer handlungswilligen Koalition von Staaten, regionalen und internationalen Organisationen.

Ist Amerika im Rückzugsmodus?

Obama hat seit Beginn seiner Präsidentschaft im Januar 2009 die Erneuerung des internationalen Führungsanspruchs zur Chefsache gemacht. Bekräftigt hat er ihn u. a. in einer programmatischen Rede an der Militärakademie von West Point am 28. Mai 2014 mit folgender Aussage: „Die Vereinigten Staaten müssen auf der Weltbühne eine Führungs-

rolle wahrnehmen. Wenn wir es nicht tun, wird es kein anderer machen.“ Einschränkung fügte er mit Blick auf den Einsatz militärischer Machtmittel hinzu: „Nur weil wir einen Hammer besitzen, heißt das nicht, dass jedes Problem wie ein Nagel zu handhaben ist.“²

Amerika ist unter Obama nicht im Rückzugsmodus. Kritiker, die dies behaupten, verwechseln Internationalismus mit Interventionismus. Der Präsident liegt mit seiner realpolitisch geprägten, werteorientierten Außenpolitik durchaus im Mainstream seiner republikanischen und demokratischen Vorgänger.

Für ein aktives weltpolitisches Auftreten Amerikas, das sich auf ein weltweites Netz von Bündnissen und Partnern abstützen kann, sprechen u. a.

folgende Initiativen: die Erneuerung der NATO-Bündnisverpflichtung sowie die Aufstockung einer rotierenden US-Truppenpräsenz in Mittel- und Osteuropa, die Verstärkung der Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum verbunden mit der Ausweitung der Kooperationsbeziehungen zu Indien und dem Bemühen um einen friedlichen Modus Vivendi

OBAMAS Bilanz ist nicht so schlecht, wie es scheint.

di mit China, aber auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kuba, eine Neuausrichtung der Afrikastrategie mit starken geopolitischen und wirtschaftlichen Akzenten und nicht zuletzt die zielgerichtete Fortführung der Gespräche über eine Transpazifische und Transatlantische Handelspartnerschaft.

Misst man Obamas Außen- und Sicherheitspolitik an den von ihm selbst und in der Öffentlichkeit geschürten überzogenen Erwartungen, fällt das Urteil eindeutig aus. Der „Commander in Chief“ habe die globale Führungsposition Amerikas mit seiner entschlossenschwachen, wankelmütigen Außenpolitik ausgehöhlt, ja dauerhaft geschädigt – so der Konsens der Kritiker.³ Zieht man allerdings realistische Beurteilungsmaßstäbe heran, z. B. Vergleiche zwischen der politisch-wirtschaftlichen Lage der Nation zum Amtsantritt und der heutigen Situation, hellt sich die Bilanz auf.

Eher düster präsentierte sich die Lage der Nation beim Amtsantritt Obamas: eine globale, von US-Hedgefonds ausgelöste Finanzkrise, rapide steigende Haushaltsdefizite, ein explodierender nationaler Schuldenstand, zwei kosten-trächtige, unpopuläre Kriege in Afghanistan und Irak sowie die sich abzeichnende parteipolitische Blockade („Gridlock“) einer stets Nein sagenden Opposition. Es waren kompromisslose Volksvertreter der Republikanischen Partei im Senat und im Repräsentantenhaus, die die Zahlungsunfähigkeit ihres Landes riskierten, um ein Scheitern des Präsidenten zu beschleunigen. Zu fragen bleibt allerdings, warum es Obama versäumt hat, mit frühzeitiger Einbindung und Konsultation gemäßigter Repräsentanten der Republikaner, also mit mehr Überparteilichkeit, das Verhältnis zum Kongress zu entspannen und damit die Chancen für eigene Gesetzesvorhaben zu erhöhen.

Idealismus begegnet Realität

Zu Beginn seiner Amtszeit verkündete Obama eine umfassende, multilateral angelegte außenpolitische Agenda. Er wollte das Ansehen der USA im Ausland verbessern, die internationale Führungsposition erneuern, langwierige Kriege in Afghanistan und Irak beenden, das Verhältnis zu Russland auch mit Blick auf das langfristige Ziel einer nuklearfreien Welt auf eine neue Grundlage stellen („Reset“), einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten erzielen sowie China und Indien für langfristige Zusammenarbeit in regionalen und globalen Fragen gewinnen. Die feste Absicht, diese ehrgeizigen Zielsetzungen innerhalb einer Amtszeit zu verwirklichen, wich jedoch bald einer von Ernüchterung geprägten Politik, die sich den Rea-

litäten einer „Welt aus den Fugen“ zu stellen hatte. Der idealistische Architekt einer besseren Weltordnung verwandelte sich in einen pragmatischen Sachwalter, der Beziehungen reparieren und Krisen bewältigen musste, statt Neues zu erschaffen.⁴

Die Hinwendung zu einem verantwortungsethisch bestimmten Pragmatismus deutete sich in der Rede Obamas anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises im Dezember 2009 in Oslo an. Wörtlich betonte er: „Böses existiert in der Welt [...] Verhandlungen können Al Kaida nicht davon überzeugen, die Waffen niederzulegen. Der Einsatz von Gewalt kann manchmal notwendig sein – er ist eine Anerkennung historischer Tatsachen, Ausdruck der Unvollkommenheit des Menschen sowie der Grenzen der Vernunft. [...] Wo der Einsatz von Gewalt erforderlich ist, haben wir ein moralisches und strategisches Interesse, uns an bestimmte Verhaltensregeln zu binden.“⁵

„Pragmatischer Internationalismus“ als strategische Handlungsmaxime

Folgt die Außenpolitik Obamas einer strategischen Grundorientierung? Der amerikanische Politikwissenschaftler G. John Ikenberry spricht von „pragmatischem Internationalismus“⁶. Dieser bezeichnet einen realpolitisch bestimmten Denk- und Handlungsansatz, der

auf große strategische Entwürfe zugunsten eines kostenbewussten Mitteleinsatzes zur Erreichung begrenzter politischer Ziele verzichtet. Eine klare Absage erteilt diese pragmatische Grundausrichtung allen Vorstellungen eines selektiven Engagements oder strategischen Rückzugs, die sich unter den Kernbegriffen „retrenchment“ oder „off-shore balancing“ zusammenfassen lassen. Mit seinem realpolitischen Pragmatismus steht Obama in der Tradition Franklin D. Roosevelts, John F. Kennedys, Ronald Reagans und George H. Walker Bushs.

Amerika – so die Grundprämisse – müsse bei Wahrung seiner wirtschaftlichen Leistungskraft und Fähigkeit zur militärischen Machtprojektion sowie mit Blick auf die Stärkung der sich fortentwickelnden internationalen Ordnung in einer Welt kooperierender und rivalisierender Akteure seine Interessen an Stabilität und friedlichem Wandel verteidigen. Angesichts herrschender Unübersichtlichkeit auf der Weltbühne bedarf es neuer Formen der Sicherheitszusammenarbeit. Beispielhaft dafür ist der Washingtoner Nuclear Security Summit mit 47 Staaten im Jahr 2010, der Maßnahmen zur wirksamen Überwachung und Sicherung nuklearer Einrichtungen vereinbarte.

Das G-20-Format, aber auch die G-7, betrachten die Vereinigten Staaten als geeignetes Legitimationsinstrument, um die eigene Führungsrolle mit Rückendeckung einer breiten Staatenkoalition zu sichern. Mit Blick auf die amerikanische Zurückhaltung während des NATO-Einsatzes gegen das libysche Gaddafi-Regime im Frühjahr 2011 wurde die Formel des „Leading from behind“ geprägt. Eher trifft der handlungsleitende Grundsatz zu, Amerika

Obamas Idealismus scheiterte an der REALITÄT.

werde führen, wenn es von Bündnis- und Kooperationspartnern politische und militärische Unterstützung erhalte – ein Prinzip, das Obama in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung im September 2013 hervorhob.⁷

Die Glaubwürdigkeit einer von gleichgesinnten Akteuren befürworteten amerikanischen Führungsrolle hängt von der Bereitstellung ordnungspolitischer Leistungen ab. Dazu zählen öffentliche Güter wie z. B. Sicherheit, Frieden und Stabilität, aber ebenso offene See- und Handelswege, stabile Finanz- und Währungsstrukturen sowie eine intakte Umwelt.

Außen-, sicherheits- und handelspolitische Interessenschwerpunkte

Bei der Schwerpunktverlagerung („Rebalancing“) nach Asien, die Obama in einer Rede vor dem australischen Parlament in Canberra im November 2011 verkündete, handelt es sich um eine geopolitisch inspirierte außenpolitische Richtungsentscheidung, in deren Fokus China steht. Amerika setzt in seiner Politik gegenüber dem „Reich der Mitte“ auf politische Einbindung und Eingrenzung militärischer Fähigkeiten.⁸ Daraus leiten sich zwei Zielsetzungen ab: erstens die USA als Gestaltungsmacht in einem politisch instabilen Erdteil sowie in der weltweit dynamischsten Wirtschaftsregion zu verankern und zweitens der Ausfüllung eines regionalen Machtvakuum in Ost- und Südostasien durch ein zunehmend selbstbewusst auftretendes China vorzubeugen. Das „Rebalancing“ weist dementsprechend eine politische, militärische und wirtschaftliche Komponente auf.

Diplomatische Erfolge hat Amerika im politisch-militärischen Bereich vor-

Seine AUSSENPOLITIK prägt nun ein realpolitischer Pragmatismus.

zuweisen. Dazu gehören die Stärkung der Bündnisbeziehungen mit Japan, Südkorea, Australien und den Philippinen, die Normalisierung der Beziehungen zu Myanmar, die Aufwertung des Verhältnisses zu Vietnam, der Ausbau der strategischen Partnerschaft mit Indien, aber auch die Teilnahme am jährlichen East Asia Summit sowie am Gipfeltreffen der Vereinigung Südostasiatischer Staaten (ASEAN).

Die Vereinigten Staaten werden von diesen Ländern als Gegengewicht wahrgenommen, das einer dominanten Position Chinas im asiatisch-pazifischen Raum entgegenzuwirken vermag. Um eine Rückversicherungsfunktion aufrechterhalten und den Status quo wahren zu können, müssen die USA vor Ort über eine Streitkräftepräsenz sowie über Zugänge zu Häfen und Luftwaffenbasen ihre Fähigkeit zur militärischen Machtprojektion entfalten können.⁹ Zugleich liegt es im amerikanischen Interesse, den Dialog mit China über Energie- und Umweltfragen sowie über Themen der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen (Iran, Nordkorea) zu intensivieren und Beijing die Rolle eines verantwortungsbewussten Teilhabers („Stakeholder“) bei der Weiterentwicklung der internationalen Ordnung schmackhaft zu machen.

Der Politikwissenschaftler Hanns W. Maull spricht gar von einer neuen bipolaren Ordnung, deren Herzstück die

Achse der Kooperation und des Wettbewerbs zwischen den USA und China bildet. Die amerikanisch-chinesische Bipolarität sei für die entstehende internationale Ordnung aus zwei Gründen wichtig: Zum einen verleihe das Gewicht den beiden Playern in den internationalen Beziehungen so etwas wie ein Vetorecht in fast allen Fragen globaler Bedeutung, zum anderen gebe es keinen Akteur, der einen maßgeblichen Einfluss auf die beiden Staaten ausüben könne.¹⁰

Die wirtschaftliche Komponente des „Rebalancing“ bildet das angestrebte Abkommen über eine Transpazifische Partnerschaft (TPP) mit elf Nationen im asiatisch-pazifischen Raum. Aus US-Sicht geht es um die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer einheimischer Arbeitsplätze, die Abschaffung nicht-tarifärer Handelshemmnisse, Verbraucherschutz, den Verzicht auf die Diskriminierung von Handelspartnern und Investoren sowie um die Öffnung lukrativer Märkte. Die Kernfrage aber lautet: Wer setzt für die Weltwirtschaft und den Welthandel von morgen verbindliche internationale Regeln und Standards? Auf der Agenda von TPP stehen darüber hinaus Arbeits- und Sozialstandards, Umweltauflagen sowie die Förderung klein- und mittelständischer Betriebe.

Kosten- und Lastenteilung im europäischen-amerikanischen Verhältnis

Dem atlantischen Gegenstück von TPP, der angepeilten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), liegen vergleichbare politische und wirtschaftliche Zielsetzungen zugrunde. Einmal etabliert, wäre TTIP weltweit der mit Abstand größte Club des freien Handels. Die Partnerschaft

würde ein Territorium umfassen, auf dem heute fast 40 % der globalen Wertschöpfung erzeugt werden und das mehr als die Hälfte des Welthandels abdeckt. TTIP und TPP könnten zu einer Blaupause für Regeln und Standards bei technischen Produktanforderungen werden, die sich in den kommenden Jahrzehnten durchsetzen. Absehbar ist, dass einige schnell wachsende Player wie China und Indien ihre Interessen als mächtige Akteure im Welthandel durchzusetzen bestrebt sind. Das heißt, Länder mit dirigistischen, staatskapitalistischen Strukturen und schwach ausgeprägter liberaler Tradition werden die Welthandelsordnung beeinflussen.¹¹ Amerika und Europa sind als Trendsetter gefordert. Wenn sie im Welthandel nicht die Regeln und Standards setzen, werden andere diese Aufgabe übernehmen.

Amerika nimmt seit 2011 eine Schwerpunktverlagerung nach ASIEN vor.

Politikgestaltung im multilateralen Handlungsrahmen eröffnet Amerika die Chance internationaler Kosten- und Lastenteilung. Angesichts des Zwangs zur Haushaltskonsolidierung zeichnet sich die Politik Obamas durch Zurückhaltung beim Streitkräfteeinsatz und eine Bevorzugung des „leichten Fußabdrucks“ aus. Dazu zählt auch das Ziel, gemeinsam mit den europäischen Verbündeten Sicherheitskräfte in Partnerländern auszubilden und auszurüsten, um die Notwendigkeit direkter Militärinterventionen auf ein Mindestmaß zu reduzieren.¹²

Die Verringerung des US-Streitkräfteumfangs geht einher mit einer planmäßigen Rüstungsmodernisierung.

Im Mittelpunkt stehen dabei Entwicklung und Beschaffung möglichst präziser, weitreichender und autonomer Waffensysteme wie z. B. bewaffneter, unbemannter Flugsysteme. Die stärkere Betonung technologischer Modernisierungsprogramme könnte insofern zu weiteren Belastungen in den transatlantischen Beziehungen führen, als bestehende Ausrüstungs- und Fähigkeitslücken noch vergrößert würden.¹³ Kostensparende Synergieeffekte ließen sich mit einer engeren sicherheits- und rüstungspolitischen Zusammenarbeit zwischen EU und NATO erzielen. Ebenso wichtig sind substanzielle Beiträge der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zur Stabilisierung der Nachbarregionen Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten.

Die USA fordern **MEHR** internationale Kosten- und Lastenteilung.

Der politische Druck der USA auf die europäischen Bündnispartner, mit Blick auf Kosten- und Lastenteilung sowie auf die unverzichtbare Sicherung der Interoperabilität, in die Modernisierung ihrer Streitkräfte zu investieren, wird nicht nachlassen. Eine NATO mit 28 Mitgliedstaaten, von denen der größte Akteur auf Dauer nahezu 70 % der Finanzbeiträge beisteuert, verliert ihre Legitimationsbasis und Handlungsfähigkeit. Die Wiederkehr der Geopolitik im Frühjahr 2014 mit der russischen Annexion der Krim sowie mit der anhaltenden militärischen Destabilisierung der Ostukraine veranlasste die USA, ihre Streitkräfteplanung mit Blick auf Europa zu überdenken. So wurde vorerst der längerfristige Trend gestoppt, den Um-

fang der dauerhaft in Europa stationierten Truppen weiter abzusenken. Seit April 2014 hat Amerika die Zahl der zeitweise durch Rotation auf dem europäischen Kontinent befindlichen Truppen angehoben. Die Zunahme bi- und multilateraler NATO-Militärübungen auf dem Territorium der neuen Allianzpartner bildet ein entscheidendes Element der Rückversicherung.¹⁴

Koalitionsbildung bei der Terrorbekämpfung und der Wiener Nuklear-Deal

Angesichts der Gebietsgewinne des Islamischen Staats in Syrien und Irak ab Mitte 2014 gelang es Obama, eine Koalition aus 59 Staaten zu schmieden, mit dem Ziel, den IS-Kalifatstaat mit politisch-militärischen Mitteln zurückzudrängen. In diesem Zusammenhang entsandte der US-Präsident 3.000 Soldaten in den Irak, um dessen Streitkräfte im Krieg gegen den IS zu beraten und auszubilden. Ebenso setzen die Vereinigten Staaten nach Ende des NATO-Einsatzes ihr militärisches Engagement mit mehr als 10.000 Soldaten in Afghanistan fort. Dabei geht es darum, die Sicherheitskräfte im Kampf gegen Aufständische auszubilden und selbst in den Anti-Terrorkampf einzugreifen.

Ein Musterbeispiel geduldiger, sanktionsbewehrter, multilateraler Diplomatie liefert der Nuklear-Vertrag, den Amerika gemeinsam mit seinen Partnern Deutschland, England und Frankreich sowie mit Unterstützung Russlands und Chinas im Juli 2015 in Wien mit dem Iran abgeschlossen hat. Die Vereinbarung beruht nicht auf Vertrauen, sondern auf einem strikten Überwachungs- und Verifikations-Regelwerk. Das Wiener Abkommen versperrt dem Iran in den nächsten 15 Jahren den Weg zu Nuklearwaffen.

Der Iran muss zwei Drittel seiner Zentrifugen abbauen und seinen Besitzstand an waffenfähigem Uran um 98 % abschmelzen. Teheran hat mehr Zugeständnisse machen müssen, als die Kritiker im Kongress sich vorstellen konnten. Darüber hinaus schreibt das Abkommen Sicherungen fest, gemäß denen erst vertragskonformes Verhalten die nächste Konzession auslöst.¹⁵ Auf positive Resonanz stößt das Abkommen mit Teheran bei einem Großteil amerikanischer Nuklearexperten. Bei der Diskussion um das Für und Wider des Vertrags stellt sich die Frage, wie sich das iranische Nuklearprogramm ohne nachprüfbareren Vertrag weiterentwickeln würde.

Der Nukleardeal eignet sich keineswegs als Modell für eine politische Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens. Dem stehen das regionale Vormachtstreben des Iran sowie die Unterstützung gewalttätiger islamistischer Gruppierungen ebenso entgegen wie der sunnitische Dschihadismus, der traditionelle Staatsgrenzen auflöst. Neben der sich abzeichnenden engeren Zusammenarbeit Saudi-Arabiens mit sunnitischen Nachbarstaaten als Reaktion auf den Nuklearvertrag ist Washington bestrebt, seine Politik der Rückversicherung und Kooperation mit den arabischen Staaten im Hinblick auf den iranischen Macht- und Einflussgewinn in der Region fortzuführen.

Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit sind drei wesentliche Komponenten einer schlüssigen, erfolgversprechenden Außenpolitik. Erbschwert wird das amerikanische Interesse an der Wiederherstellung des Vertrauensverhältnisses zu den arabischen Verbündeten, aber auch zu Israel, mit der Weigerung Obamas, den Chemiewaffeneinsatz des syrischen Diktators Assad gegen die eigene Bevölkerung im August 2013 mit gezielten Militärschlägen gegen das Regime zu beantworten. Der US-Präsident hatte zuvor den Einsatz chemischer Waffen durch Syrien als rote Linie bezeichnet, deren Überschreiten zwangsläufig militärische Konsequenzen auslösen werde.

Ausblick

Obama hat keine strategische Abkehr vom weltpolitischen Engagement Amerikas eingeleitet. Im Gegenteil – er hat die Kooperationsnetzwerke mit anderen Weltregionen (Europa und Asien) ausgedehnt, sich allerdings erfolglos für eine dauerhafte Nahost-Friedensregelung eingesetzt, den „African Growth and Opportunity Act“, einen Vertrag über die Förderung von Handel und Investitionen mit und in Sub-Sahara-Staaten, verlängert, die Beziehungen zu Kuba nach 50-jähriger Eiszeit normalisiert und schließlich – im Schulterschluss mit Deutschland, England und Frankreich sowie im Zusammenwirken mit Russland und China – einen Vertrag über die Begrenzung und Kontrolle des iranischen Nuklearprogramms erzielt. Gerade die Kritiker, die Obamas Bekenntnis zu einer kraftvollen weltpolitischen Führungsrolle Amerikas in Frage stellen, schrecken vor dem Abschluss bindender internationaler Abmachungen zurück.

**Amerika setzt zunehmend auf
KOALITIONSBILDUNG.**

Ist so etwas wie eine Obama-Doktrin zu erkennen? Sucht man nach einem gemeinsamen Nenner für die Politikwende gegenüber Myanmar, Kuba und Iran, taucht der handlungsleitende Grundsatz „Engagement“ in Verbindung mit strategischen Notwendigkeiten auf, zu denen u. a. militärische Schlagkraft, entschlossene Diplomatie einschließlich partnerschaftlicher Kooperation und Entwicklungszusammenarbeit gehören. Diese Form weltpolitischen Engagements dient nach Auffassung Obamas eher amerikanischen Interessen als eine Politik der Sanktionen und Isolierung. Angesichts einer starken Machtposition benötige Amerika das nötige Selbstvertrauen, um kalkulierbare Risiken zugunsten neuer Chancen und Möglichkeiten einzugehen. Als Beispiel für diese strategische Vorgehensweise dient der Nuklearvertrag mit dem Iran, der dem Land eine nukleare Infrastruktur zugesteht, ihm aber zugleich den Zugang zu Nuklearwaffen auf überschaubare Zeit versagt.¹⁶

Zum Fundament einer langfristig angelegten nationalen Sicherheitsstrategie zählen darüber hinaus innenpolitische Bestimmungsfaktoren wie eine leistungsfähige, innovationsfreudige Wirtschaft, eine offene Gesellschaft sowie politische Mandatsträger, die nicht ausschließlich blockieren, sondern überparteiliche Koalitionen zugunsten

gemeinsamer Problemlösungen zu schmieden vermögen. Der Energieboom in Verbindung mit einer weitsichtigen Politik zur Eindämmung des Klimawandels, eine umfassende Einwanderungsreform, aber auch die Modernisierung der Infrastruktur sowie eine langfristig stabile Finanzierungsgrundlage für die Sozialversicherungssysteme bilden weitere Bausteine nationaler Sicherheit.

INNENPOLITISCHE Faktoren bestimmen die nationale Sicherheitsstrategie mit.

Welche weltpolitische Rolle wollen die Vereinigten Staaten wahrnehmen? Ian Bremmer, Gründer und Leiter des New Yorker Forschungs- und Beratungsunternehmens Euroasia Group, skizziert mit Blick auf den nächsten „Commander in Chief“ drei strategische Optionen:¹⁷

- Ein „Independent America“ würde die imperiale Überdehnung des Landes beenden, auf seine Unabhängigkeit setzen und sich von der Verantwortung für die Lösung der Probleme anderer Staaten lossagen. Stattdessen sollte dieses Amerika Führungsaufgaben aufgrund einer beispielgebenden Vorbildrolle wahrnehmen – zum Teil durch Investitionen in bisher nicht genutzte wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Ressourcen.
- Ein „Moneyball America“ erkennt an, dass die Vereinigten Staaten nicht jede internationale Herausforderung bewältigen können. Aufgrund nüchterner Einschätzung amerikanischer Stärken und Einschränkungen gelte es, über die Vorstellung eines wertebasierten Exzeptionalismus hinauszublicken und

Die Obama-Doktrin sieht ein verstärktes **WELTPOLITISCHES Engagement vor.**

US-Interessen nur dort zu verteidigen, wo sie unmittelbar bedroht werden.

- Ein „Indispensable America“ vertritt die Auffassung, nur Amerika vermöge die Werte zu verteidigen, auf denen globale Stabilität beruhe. In der interdependenten, verflochtenen Welt von heute würde eine Binnenorientierung Sicherheit und Wohlstand des Landes untergraben. Eine Welt, in der man Menschen grundlegende Freiheiten vorenthalte – von China über Russland bis zum Mittleren Osten und darüber hinaus – könne nicht dauerhaft stabil sein.

In idealtypischer Form wird es keines dieser Amerikas geben. Viel wahrscheinlicher ist, dass sich der nächste Präsident oder die nächste Präsidentin für einen Mix aller drei strategischen Optionen entscheidet, zumal die Auswahl nur einer Grundorientierung den Handlungs- und Entscheidungsspielraum des „Commander in Chief“ unnötig einschränken würde. Schließlich bedürfen US-Präsidenten für die Gestaltung ihrer Außenpolitik eines breiten öffentlichen Rückhalts und können sich als verlässlicher Akteur auf der internationalen Bühne nicht über Bündnisverpflichtungen und geltende Verträge hinwegsetzen. ///



/// DR. CHARLES WESTON

ist stv. Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Diehl Defence Holding GmbH, Überlingen.

Anmerkungen

- ¹ Nye Jr. Joseph S.: *Is the American Century Over?*, Cambridge, UK, 2015, S. 94; Maull, Hanns W.: *USA – China – EU: Chancen für ein strategisches Dreieck?*, in: *Länderbericht China*, hrsg. von Doris Fischer und Christoph Müller-Hofstede, Bonn 2014, S. 842.
- ² *Remarks by President Obama at the Military Academy West Point Commencement Ceremony*, 2014/05/28/, S. 5, www.whitehouse.gov
- ³ Dazu stellvertretend Cohen, Eliot A.: *Reluctant to Make the Case for American Strength. Dissecting Obama's Foreign Policy: America Self-Contained*, in: *The American Interest*, Mai / Juni 2014, S. 10 f.
- ⁴ Indyk, Martin S. / Lieberthal, Kenneth G. / O'Hanlon, Michael E.: *Bending History. Barack Obama's Foreign Policy*, Washington, D.C. 2012, S. 26; Paul, Michael: *Die amerikanische Schwerpunktverlagerung nach Asien. Die militärische Dimension*, SWP-Studie, Berlin 2015, S. 9.
- ⁵ *Remarks by President Obama at the Acceptance of the Nobel Peace Prize in Oslo*, 2009/12/10/, S. 4 f., www.whitehouse.gov
- ⁶ Ikenberry, G. John: *A Course of Pragmatic Internationalism. Dissecting Obama's Foreign Policy: America Self-Contained*, in: *The American Interest*, Mai / Juni 2014, S. 12 ff.
- ⁷ *Remarks by President Obama in Address to the United Nations General Assembly*, 2013/09/24/, S. 12, www.whitehouse.gov
- ⁸ Paul: *Die amerikanische Schwerpunktverlagerung nach Asien*, S.6.
- ⁹ Bierling, Stephan: *Die USA: der müde Hegemon*, in: *Informationen zur politischen Bildung* 2/2015, S. 36.
- ¹⁰ Maull, Hanns W.: *Neue Bipolarität*, in: *IPG-Journal*, Juni 2015, S. 2.
- ¹¹ Paqué, Karl-Heinz: *Ein offener Club als Vorbild*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17.4.2015, S. 2; Bader, Jeffrey A. / Dollar, David: *Why the TPP is the linchpin of the Asia rebalance*, *Brookings*, 28.7.2015, S. 1 ff.
- ¹² Oberhaus, Marco: *Die Verteidigungspolitik der USA. Grundlegende Trends und ihre Auswirkungen auf das transatlantische Verhältnis*, Berlin 2015, S.5.
- ¹³ Ebd., S. 6.
- ¹⁴ Ebd. S. 28 f.
- ¹⁵ Joffe, Josef: *Das Bombengeschäft: Der Atomvertrag – ein guter Anfang*, in: *Die Zeit*, 16.7.2015, S.10; *The best chance to rein in Iran*, in: *International New York Times*, 16.7.2015, S.8.
- ¹⁶ Friedman, Thomas L.: *Iran and the Obama Doctrine*, in: *New York Times*, 4.4.2015.